

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 16/4932, 16/6241 –**

Aktuelle Entwicklungen in Russland und ihre Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das sechste Zusatzprotokoll vom 28. April 1983 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) betrifft die Abschaffung der Todesstrafe. Diese wird zumindest für Friedenszeiten vollständig abgeschafft. Das sechste Zusatzprotokoll ist 1985 in Kraft getreten und bisher von 46 Staaten ratifiziert worden.

Das dreizehnte Zusatzprotokoll vom 3. Mai 2002 geht in seiner Konsequenz den letzten Schritt und fordert die Abschaffung der Todesstrafe unter allen denkbaren Umständen und wurde bisher von 39 Staaten ratifiziert.

Die Russische Föderation ist das einzige Europaratsmitglied, das das 6. Zusatzprotokoll noch nicht ratifiziert hat. Auch das dreizehnte Zusatzprotokoll wurde von Russland nicht ratifiziert und bis heute auch noch nicht einmal gezeichnet.

Ebenfalls ist das 14. Zusatzprotokoll zur EMRK von der Duma bisher nicht ratifiziert worden. Eine Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wird dadurch blockiert.

Das 14. Zusatzprotokoll enthält u. a. Änderungen des Individualbeschwerdeverfahrens und versucht damit, dem Gerichtshof gezielt die nötigen Mittel und Werkzeuge zur effizienten und raschen Zurückweisung offensichtlich unzulässiger Beschwerden in die Hand zu geben und damit die Bearbeitung der zulässigen Beschwerden zu beschleunigen. Dies hilft allen Bürgern der Staaten des Europarats in schnelleren Entscheidungen zu ihrem guten Recht zu kommen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dafür zu werben, dass die Europaratsmitglieder, die das 13. Zusatzprotokoll noch nicht ratifiziert haben, dies nun tun;
2. bei der Russischen Föderation dafür zu werben, dass sie das 6. Zusatzprotokoll als letztes Europaratsmitglied ratifiziert und auch das 13. Zusatzprotokoll unterzeichnet und ratifiziert;
3. im Hinblick auf die in die 62. Generalversammlung der Vereinten Nationen eingebrachte Resolution zur Abschaffung der Todesstrafe bei allen Staaten auf eine endgültige Abschaffung der Todesstrafe zu drängen;
4. in Gesprächen mit der im Dezember neu gewählten Duma, diese aufzufordern, nicht länger eine Reform des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu blockieren und das 14. Zusatzprotokoll zu EMRK zu ratifizieren.

Berlin, den 14. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion